




FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

TÜRKEI BULLETTIN 10-2020

IMPRESSUM

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Projektbüro Türkei
Cumhuriyet Cad. No 107 D 2
Elmadağ-Istanbul 34473
Türkei

/fnst-turkey.org

Verfasser

Laura Kunzendorf
Dr. Ronald Meinardus (RM)

Redaktion

Dr. Ronald Meinardus

Stand

Mai 2020

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Kontakt

Für Hinweise und Anregungen erreichen Sie die Redaktion unter turkey@fnst.org.



TÜRKEI BULLETIN 10/20

Berichtszeitraum: 20. Mai – 2. Juni 2020

Inhalt: „Mission erfüllt“ – Ein Land in der Normalisierungseuphorie. „Libyen gehört der Türkei“ - Aggressive Außenpolitik in Zeiten der Corona-Krise. Zwischen Politikverdross und Selbstzensur – Eine Langzeitstudie gibt Aufschluss über das Demokratieverständnis der Bevölkerung. Vergessen, aber nicht verschwunden – Die Pandemie trifft die Flüchtlinge besonders hart. Weltkulturerbe Hagia Sophia: Politische Instrumentalisierung eines historischen Gebäudes. Kampfansage an Putschisten – Einweihung der „Insel der Demokratie und Freiheit“.

„Mission erfüllt“ – Ein Land in der Normalisierungseuphorie

Am 20. Mai fiel die Zahl der Corona-Neuinfektionen erstmalig seit Ende März unter 1000. Am selben Tag twitterte Fahrettin Altun, der Kommunikationsdirektor des Präsidenten: „Unsere Genesungsrate liegt bei fast 75 %. Die Pandemie wurde eingedämmt. Mission erfüllt.“

Bei Redaktionsschluss (2. Juni, 18 Uhr) lag die Zahl der amtlich registrierten Corona-Infektionen bei 165.555, die Zahl der Todesopfer bei 4585.

Das Fest des Fastenbrechens zum Ende des Ramadan mussten die Türken und Türkinnen noch im Lockdown-Modus feiern. Die Zeiten der sozialen Isolation dürften – zumindest vorerst – vorbei sein: Seit dieser Woche befindet sich das Land in einem Normalisierungsprozess. Im Mittelpunkt steht das Hochfahren der Wirtschaft.

Die wöchentlichen Ausgangssperren und das inländische Reiseverbot gelten seit Anfang Juni nicht mehr. Lediglich die Ausgangssperre für über 65-Jährige und unter 18-Jährige dauert mit Ausnahme einiger Stunden pro Woche an. Vergangene Woche fanden die ersten Freitagsgebete seit mehr als zwei Monaten statt. Um dies gebührend zu feiern, opferten Moscheen landesweit rund 1000 Tiere.

Restaurants, Cafés, Museen, Parks und Sportstätten dürfen ihre Türen wieder öffnen. Selbst Istanbuls Großer Basar lädt zum Einkaufsbummel ein. Und die Kunden sind in Shoppinglaune: Laut den Betreibern von Einkaufszentren, die bereits seit zwei Wochen geöffnet sind, geben die Verbraucher derzeit im Schnitt doppelt so viel für einen Einkauf aus wie im vergangenen Jahr.

In den Wiederbelebungsplänen der Wirtschaft spielt der Tourismus eine zentrale Rolle (s. Bulletin 08-2020). Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu hat mit seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas telefoniert und gefordert: „Deutschland muss seine Flughäfen öffnen. Die Türkei sollte nicht ausgeschlossen werden, wenn die EU diskutiert, was man für den Tourismus tun kann.“ Tourismus ist eine der wichtigsten Devisenquellen. Im vergangenen Jahr kamen über 50 Millionen Touristen ins Land, darunter fünf Millionen Deutsche. Die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr beliefen sich auf 34 Mrd. US-Dollar.

Obwohl alle Zeichen auf Normalisierung stehen, warnt Gesundheitsminister Fahrettin Koca: „Eine Rückkehr zu den Tagen vor Corona scheint noch nicht möglich. Wir müssen vorsichtig sein.“

Mehrere Berufsverbände hatten eine spätere und langsamere Lockerung gefordert. Gemeinsam mit der *türkischen Ärztekammer* (TTB) verlangen sie in einer Stellungnahme neue Gesetze zum Schutz gegen die fortbestehenden Risiken. Denn: „Alle wissenschaftlichen Kreise weisen darauf hin, dass der Ausbruch weder in der Türkei noch auf der Welt komplett unter Kontrolle ist.“

Laut einer Studie der Wirtschaftsprofessorin Selva Demiralp von der Istanbuler *Koç-Universität* birgt die frühe Normalisierung auch ökonomische Risiken. Obwohl die strengen Isolationsregeln zum Erfolg führten, sei es für Siegeserklärungen zu früh: „Wenn die Ausgangssperren nach einem erfolgreichen Lockdown gelockert werden, stecken sich ironischerweise mehr Leute mit dem Virus an, da es weniger Herdenimmunität in der Gesellschaft gibt.“

Sollte es zu einer zweiten Ansteckungswelle mit neuen Ausgangssperren kommen, könnte dies Kosten von bis zu 10 % des Bruttoinlandsprodukts verursachen, so die Ökonomin. Ein Szenario, das Wirtschaftsminister Berat Albayrak vermeiden möchte. Im ersten Quartal betrug das Wirtschaftswachstum laut dem Statistikinstitut *TürkStat* 4,5 %. Dem konnte laut dem Minister auch die Pandemie nichts anhaben. Ende Mai verkündete er, die Türkei zähle in Bezug auf Wachstum und Arbeitslosigkeit zu den „am wenigsten betroffenen Ländern“ weltweit.

Nicht alle teilen diese Einschätzung. Der *Internationale Währungsfonds* (IWF) prophezeit der Türkei für das Jahr 2020 anhaltend hohe Inflation, einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosenquote und ein Schrumpfen der Wirtschaft.

„Libyen gehört der Türkei“ - Aggressive Außenpolitik in Zeiten der Corona-Krise

(RM) Der Krieg in Syrien hat zuletzt an Brisanz verloren. Die Konfliktparteien gönnen sich eine Verschnaufpause. Für Ankara eine Gelegenheit zur Nachrüstung: „Trotz der Pandemie hat die Türkei ihre Streitkräfte im syrischen Idlib und in Libyen ausgebaut“, erklärt Prof. Mustafa Aydin von der *Istanbuler Kadir-Has-Universität* gegenüber dem „Türkei Bulletin“. Libyen und die angrenzenden Seegebiete sind ein Schwerpunkt der türkischen Vorwärtsstrategie. Im Ringen um Macht und Einfluss in Nordafrika hat Präsident Erdoğan hoch gepokert – durchaus mit Erfolg, wie sich jetzt zeigt. Im November letzten Jahres vereinbarte Ankara mit der militärisch stark bedrängten Einheitsregierung (*Government of National Accord*, GNA) zwei Abkommen, eines über die Abgrenzung des Festlandssockels, das andere zur militärischen Zusammenarbeit. Die Türkei ist heute die wichtigste Stütze des in der belagerten Hauptstadt Tripolis ums Überleben kämpfenden Regierungschefs Fayed Al-Sarraj.

Die *New York Times* berichten von einer „atemberaubenden Umkehr“ auf dem libyschen Schlachtfeld. Mithilfe von türkischen Kampfdrohnen, Militärberatern und von Ankara rekrutierten syrischen Söldnern wurden die Verbände des Rebellenführers Khalifa Haftar zurückgedrängt.

Laut Medienberichten kämpfen auf der Seite der GNA bis zu 10.000 Ankara-hörige syrische Milizionäre. Ein vertraulicher Bericht der Vereinten Nationen erwähnt bis zu 1.200 Kämpfer der russischen Sicherheitsfirma *Wagner*, der enge

Beziehungen zum Kreml nachgesagt werden. In Libyen wütet ein blutiger Stellvertreterkrieg. Die Türkei, Katar und Italien stehen auf der Seite der von den Vereinten Nationen anerkannten GNA. Für Haftar sind Ägypten, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jordanien, Frankreich und nicht zuletzt Griechenland.

„Libyen gehört jetzt der Türkei“, so der markante Titel einer aktuellen Studie des *Europäischen Rates für Auswärtige Beziehungen* (ECFR). Ankaras Stärke sei ein Resultat des Scheiterns der Berliner Libyen-Konferenz vom Januar. Auf deutsche Initiative waren die Konfliktparteien zusammengekommen und hatten einem 55-Punkte-Plan zugestimmt. Dieser verlangt den Rückzug ausländischer Söldner, die Durchsetzung eines Waffenembargos und Wirtschaftshilfen für den Wiederaufbau des verwüsteten Landes. Es blieb bei Absichtserklärungen. Seit Berlin ist die Militarisierung des Konfliktes vorangeschritten, aus unterschiedlichen Kanälen fließt Kriegsgerät ins Land. Hier mischt Ankara kräftig mit.

Was in Libyen passiert, hat weitreichende regionalpolitische Auswirkungen: „Haftars Verluste stärken die Position der Türkei im östlichen Mittelmeer“, schreibt Burhanettin Duran in *Daily Sabah*. Das bezieht sich vor allem auf den Streit über die maritimen Hoheitsrechte, der die Beziehungen der Anrainer vergiftet. Mit ihrem Vertrag mit Tripolis ist es den Türken erstmals gelungen, mit einem Anrainerstaat die Seegrenzen festzulegen. Für die übrigen Anrainerstaaten – allen voran Griechenland und Zypern – ist das Abkommen ein rotes Tuch. Denn es fußt auf der völkerrechtlich problematischen Prämisse, Inseln hätten keinen Festlandssockel. Damit stellen die Türkei und ihre libyschen Verbündeten die Hoheit in den Küstengewässern der Nachbarn in Zweifel.

Ankaras Energieminister Fatih Dönmez hat mit seiner Ankündigung, die Türkei werde in „drei bis vier Monaten“ Probebohrungen im östlichen Mittelmeer durchführen, Öl ins Feuer gegossen. Griechenland und Zypern können sich in dem maritimen Disput auf den Beistand der Europäer verlassen. Bereits im vergangenen November hatten die EU-Außenminister wegen „illegaler Probebohrungen“ der Türkei im Umkreis der Republik Zypern Sanktionen gegen Ankara verhängt. Mitte Mai wiederholte die EU ihren Appell an Ankara, „die Souveränität und die souveränen Rechte Zyperns in Einklang mit dem internationalen Recht“ zu respektieren. In Ankara blitzte die diplomatische Schelte ab: Der türkische Außenamtssprecher kritisierte seinerseits die

„ungerechten und illegalen Ansprüche Griechenlands und der griechisch-zypriotischen Verwaltung“. Diese trügen nicht zu Frieden und Stabilität in der Region bei.

Zwischen Politikverdruss und Selbstzensur – Eine Langzeitstudie gibt Aufschluss über das Demokratieverständnis der Bevölkerung

Seit 2010 befragt das Meinungsforschungsinstitut *Konda* monatlich türkische Bürgerinnen und Bürger zu ihren Einstellungen zur Demokratie, Rechtstaatlichkeit und anderen gesellschaftlichen Fragen. Die NGO *Checks and Balances Network* hat die Ergebnisse der repräsentativen Langzeitbefragung mit über 250.000 Beteiligten in einem ausführlichen Bericht zusammengefasst.

Ein großer Teil der Bevölkerung bezweifelt die Unabhängigkeit der Justiz. Über die Hälfte sind der Meinung, dass Richter, Anwälte und Polizisten sich vom Einkommen und der Meinung der Beklagten zur Regierung beeinflussen lassen. Viele meinen, dass das Geschlecht oder eine Minderheitenzugehörigkeit die Entscheidungen der Justiz beeinflussen. Dieses negative Image der Justizbehörden führt dazu, dass jeder Zweite Angst hat, vor Gericht unfair behandelt zu werden. Eine Mehrheit der Befragten hat den Eindruck, dass Richter und Anwälte unter politischer Einflussnahme handeln.

Nicht besser steht es um das Vertrauen in die Politik. Die Hälfte der Befragten stellt die Fairness der Wahlen infrage. Während jeder Dritte sich auf die Regierung verlässt, habe nur jeder Sechste Vertrauen in politische Parteien, so die Studie der Demoskopien.

Außerdem sehen die Bürger ihre Meinungsfreiheit durch die Regierung eingeschränkt. Aus Angst vor staatlichen Repressalien übt fast jeder dritte Befragte regelmäßig Selbstzensur und behält seine Meinung für sich. Die Hälfte der Türken und Türkinnen meint, die Regierung schränke Grundrechte unter dem Vorwand der Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung ein und empfindet dies als unrechtmäßig.

Die Studie zeigt aber auch, dass die Menschen den staatlichen Akteuren großen Handlungsspielraum zugestehen: Über die Hälfte der Befragten findet, die Sicherheit des Staates habe Vorrang vor individuellen Rechten. Einige sind überzeugt, Gesetzesbrüche seien legitim, um Probleme des Landes oder der Gesellschaft zu lösen. 2010 gaben

45 % der Befragten an, in „Fragen der Ehre“ dürften Gesetzesbrüche stattfinden, 2016 vertraten „nur“ noch 26 % diese Ansicht.

In der Gesellschaft erkennen viele Bürger Ungleichheiten. So gaben 11 % der Befragten zu Protokoll, bereits selbst Opfer von Diskriminierung gewesen zu sein. 43 % fühlen sich gar als „Bürger zweiter Klasse“. Fast genauso viele haben den Eindruck, ihre Rechte seien nicht ausreichend gewährleistet.

Hier bringt die Studie eine Ambivalenz in der Gesellschaft ans Licht: Fast alle Befragten stimmten der allgemeinen Aussage zu, alle Bürger müssten gleich behandelt werden – unabhängig von Religion, Geschlecht oder Herkunft. Doch wenn es um die Praxis des täglichen Lebens geht, sieht die Situation anders aus. Im Miteinander der Menschen spielen Faktoren wie Herkunft oder Religion eine wichtige Rolle.

Über ein Drittel der Befragten vertritt die Meinung, der muslimische Glaube und die Selbstidentifizierung als „Türke“ seien notwendige Bedingungen der türkischen Staatsbürgerschaft. 2014 war die Hälfte der Bevölkerung noch der Auffassung, die Bevölkerungsmehrheit könne Rechte von Minderheiten abschaffen. Mittlerweile vertritt nur noch jeder Dritte diese Ansicht. Laut den Autoren der Studie deutet dies darauf hin, dass das Prinzip des Rechts auf gleiche Staatsbürgerschaft in der Türkei an Akzeptanz gewinnt.

Gesellschaftliche Trennlinien ziehen sich bis in das Privatleben: Fast die Hälfte der Bürger würde eine Hochzeit ihrer Kinder mit einem Partner einer anderen Konfession oder Minderheit missbilligen. Acht von zehn Bürgern lehnen nicht-heterosexuelle Vorlieben ihres Nachwuchses strikt ab.

Vergessen, aber nicht verschwunden - Die Pandemie trifft die Flüchtlinge besonders hart

Monatelang standen Migranten und Geflüchtete an der Spitze der politischen Agenda. Mit mehr als vier Millionen Geflüchteten beherbergt die Türkei mehr Flüchtlinge als jedes andere Land. Das sorgt für reichlich Diskussionsstoff.

Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie ist es still geworden um diese Menschen: Sie tauchen weder in Medienberichten, noch als Zielgruppe der Corona-Hilfsprogramme der Regierung auf. Dabei zählen Geflüchtete zu den verwundbarsten Teilen der Gesellschaft.

„Wir haben sie vergessen. Doch sie sind nicht verschwunden“, schreibt die Kolumnistin Yaprak Özer in der Zeitung *Dünya Gazetesi* und fragt sich, wie es den Geflüchteten wohl ergehen mag. Eine Befragung des *Vereins für Solidarität mit Asylbewerbern und Migrantinnen* (SGDD-ASAM) von über 1000 Teilnehmern bringt Licht ins Dunkel.

Die große Mehrheit der Geflüchteten sagt, ausreichend Informationen über COVID-19 zu erhalten, 17 % fühlen sich nicht genug oder gar nicht informiert. Zwei Drittel der Befragten beziehen ihre Informationen zur Pandemie über die traditionellen oder soziale Medien. Nur eine Minderheit erkundigt sich auf den Kanälen der Regierung. Zum Selbstschutz verlässt die Mehrheit nur selten das Haus. Ein Drittel geht gar nicht mehr vor die eigene Tür.

Während registrierte Geflüchtete kostenlosen Zugang zum Gesundheitssystem haben, stehen nicht-registrierte Migrantinnen vor Herausforderungen. Per Präsidialdekret hat die Regierung Mitte April zwar verfügt, dass jeder das Recht auf kostenlose Corona-Behandlung hat. In der Praxis ist eine Behandlung trotzdem nicht immer sichergestellt. Im April berichtete das *Menschenrechtszentrum der Istanbulischen Anwaltskammer* über ein Krankenhaus, das Geflüchtete mit COVID-19-Symptomen nicht aufgenommen habe. Stattdessen drohte die Krankenhauspolizei den Patienten mit Festnahme.

Bei den Betroffenen erzeuge dies eine Atmosphäre der Angst, sagen Kritiker. Ein Krankenhausbesuch für nicht registrierte Migrantinnen sei immer mit der Sorge verbunden, der Polizei gemeldet zu werden, schreibt die Journalistin Burcu Karakaş: „Die Möglichkeit einer Deportation hält Migrantinnen und Geflüchtete davon ab, sich an öffentliche Krankenhäuser zu wenden.“

Laut der Studie von *SGDD-ASAM* hat die Mehrheit der Migrantinnen seit Ausbruch der Pandemie zudem Schwierigkeiten, sich mit ausreichend Lebensmitteln und Hygieneprodukten zu versorgen. Einige berichten, gar nicht mehr an Lebensmittel (7 %) und Hygieneprodukte (10 %) zu gelangen.

Der Hauptgrund für die desolate soziale Lage ist die Arbeitslosigkeit: Fast 90 % der befragten Geflüchteten haben derzeit keinen Job. Vor Ausbruch der Corona-Pandemie traf dies auf 18 % zu.

Laut dem *Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen* (UNHCR) verfügten 2019 nur 3 % der Geflüchteten über eine Arbeitsgenehmigung. Das bedeutet, die große Mehrheit ist informell und ohne Anspruch auf

Arbeitslosengeld beschäftigt. Über das *Soziale Sicherheitsnetz für Notfälle* (ESSN), das die EU und ihre Mitgliedsstaaten bereitgestellt haben, erhalten rund 1,7 Millionen besonders hilfsbedürftige Geflüchtete in der Türkei eine vergleichsweise geringe finanzielle Unterstützung. Doch das genügt kaum zum Überleben und erreicht bei weitem nicht alle Bedürftigen, schreiben die Politikwissenschaftler Kemal Kirişçi und Murat Erdoğan in einer Analyse für die Denkfabrik *Brookings Institution*.

Trotz der prekären Situation hat die Regierung keine Hilfsmaßnahmen für die Flüchtlinge aufgelegt. In der Mehrheitsbevölkerung herrscht eine Stimmung gegen Migrantinnen. Laut dem Meinungsforschungsinstitut *Piar* wünscht sich die überwiegende Mehrheit eine Rückkehr der Geflüchteten in ihre Heimat.

Das Flüchtlingsthema ist auch in der Türkei ein Politikum ersten Ranges: Mehr Unterstützung für Geflüchtete könnte die sozialen Spannungen verstärken und der Regierung politisch schaden, meint die Wirtschaftsprofessorin Ayça Tekin-Koru. „Die Stille gegenüber Flüchtlingen könnte Teil des politischen und sozialen Risikomanagements der involvierten Parteien sein“, so die Ökonomin.

Weltkulturerbe Hagia Sophia: Politische Instrumentalisierung eines historischen Gebäudes

Als am 20. Mai anstelle des Gebetsrufes das italienische Protestlied „Bella Ciao“ von den Minaretten einer Moschee in Izmir klang, trauten viele ihren Ohren nicht. Wenig später ertönte ein türkisches Protestlied aus den Lautsprechern zweier weiterer Gebetshäuser.

Mit ihrer Aktion, die in die religiöse Atmosphäre am Ende des Fastenmonats fiel, haben unbekannte Hacker einen wahren Tumult ausgelöst. Die regierungsnahen Zeitung *Sabah* titelte „Skandal“, die Zeitung *Star* sprach von einer „abscheulichen Provokation“. Die Polizei ist weiterhin auf der Suche nach den Drahtziehern der Aktion.

Der Verdacht kam auf, die Hacker seien Unterstützer von Tunç Soyer, dem CHP-Bürgermeister von Izmir. Dieser hatte seinen Wahlsieg letztes Jahr zu „Bella Ciao“ gefeiert. Gleichwohl: der Bürgermeister fand die Moschee-Aktion gar nicht lustig: „In einer Zeit, in der wir uns alle auf das Fest des Fastenbrechens vorbereiten, hat das Spielen des Liedes die Bürger Izmirs und auch mich verärgert.“

Auch wenn sich die CHP („Republikanische Volkspartei“) von dem Vorgang distanzierte und die „Provokation“ umgehend verurteilte, warf Erdoğan der Oppositionspartei vor, insgeheim zu frohlocken: „Die CHP verpasst es nicht, ihr hässliches Gesicht zu zeigen. CHP-Führungskräfte freuen sich in den sozialen Medien über die respektlose Ausstrahlung.“

Der Vorfall kommt zu einer Zeit, in der die Regierung die Religion zunehmend für politische Zwecke instrumentalisiert. Am 10. Mai ging ein Tweet von Fahrettin Altun, dem Kommunikationsdirektor des Präsidenten, mit einem Bild der Hagia Sophia viral: „Wir haben sie vermisst! Aber noch etwas Geduld. Wir werden es gemeinsam schaffen...“ Damit spielte der Politiker auf den alten Herzenswunsch der islamischen Bewegung an, die Hagia Sophia erneut in eine Moschee zu verwandeln.

Die Byzantiner bauten die historische Stätte 537 als christliche Kirche, doch nach der Eroberung Konstantinopels im Jahr 1453 funktionierten die Osmanen das vielbewunderte Gotteshaus symbolträchtig in eine Moschee um. Die säkulare Regierung unter Mustafa Kemal Atatürk machte die Hagia Sophia schließlich zu einem Museum. Seitdem dient das Weltkulturerbe als „heiliger Gral“ der türkischen Islamisten und muss immer wieder für eine politische Instrumentalisierung erhalten, schreibt der Journalist Kadri Gürsel im Analyseportal *al-Monitor*.

Bereits vor den Kommunalwahlen im März 2019 hatte Präsident Erdoğan versprochen, den Museumsstatus der Hagia Sophia aufzuheben, um religiöse Wähler zu mobilisieren. In den sozialen Medien vertreten einige User die Meinung, diesmal gehe es der Regierung darum, von wirtschaftlichen Problemen im Zuge der Corona-Pandemie abzulenken.

Am 29. Mai fand das erste Freitagsgebet seit Jahrzehnten auf dem Vorplatz der Hagia Sophia statt. Und: Ein Imam rezitierte in den Gewölben des ehemaligen Sakralbaus die sogenannte „Eroberungssure“ aus dem Koran. Das Datum war nicht zufällig gewählt: Es markiert den 567. Jahrestag der Eroberung Konstantinopels.

Griechenland betrachtet die Rezitation aus dem Koran am 29. Mai in der Hagia Sophia bereits jetzt als „inakzeptabel“ und „Beleidigung der religiösen Gefühle von Christen auf der ganzen Welt“. Auch türkische Politiker äußerten Unverständnis. Der Vize-Vorsitzende der neu gegründeten DEVA-Partei („Partei für Demokratie und Fortschritt“), Mustafa

Yeneroğlu, findet die Nutzung der Hagia Sophia für Freitagsgebete als „absurd“ und „bedenklich“.

Kampfansage an Putschisten - Einweihung der „Insel der Demokratie und Freiheit“

Wenige Kilometer vor Istanbul liegt die Insel Yassiada, vielen Türken eher bekannt als „Yaslı Ada“ („Trauerinsel“). Hier wurde der vormalige Ministerpräsident Adnan Menderes nach dem Militärputsch vom 27. Mai 1960 zum Tode verurteilt.

Präsident Erdoğan benannte das Eiland 2013 in „Insel und Demokratie der Freiheit“ um. Nun, pünktlich zum 60. Jahrestag des Putsches, hat Erdoğan die Insel als Gedenkstätte für sein politisches Idol Menderes feierlich eingeweiht. Die „Gedenkstätte“ besteht aus einem Museum, einem Konferenzsaal für 600 Personen, einer großen Moschee, einem Hotel und Cafés.

Menderes war Mitgründer der Demokratischen Partei (DP), die 1950 in den ersten freien Parlamentswahlen an die Macht gelangte und in ihrer Regierungszeit vom strengen Säkularismus der CHP abkehrte. Gleichzeitig ging die DP-Regierung zunehmend gegen Oppositionelle vor. Als das Land in eine Wirtschaftskrise geriet, putschte das Militär. Regierungschef Menderes und zwei seiner Minister endeten am Galgen.

Der Militärputsch von 1960 bleibt eine schmerzhaft Wunde im kollektiven Gedächtnis der konservativen Kreise des Landes. Regierungsnahe Medien, darunter die einflussreiche Tageszeitung *Sabah*, beschreiben ihn als „Schande“, habe der Staatsstreich doch einen Präzedenzfall für weitere Eingriffe geschaffen, mit denen das Militär, das sich als Statthalter des Säkularismus sieht, gegen religiös-konservativ orientierte Regierungen vorgegangen ist. Zuletzt visierten Putschisten im Juli 2016 in einem gescheiterten Umsturzversuch die AKP-Regierung unter Erdoğan an.

Erdoğan identifiziert sich selbst gerne mit Adnan Menderes. Dieser hat für Erdoğan und seine AKP „Apostel“-Status, schreibt Tuncay Sur der Pariser Universität *EHESS* (Schule für Fortgeschrittene Studien in den Sozialwissenschaften): „Die (AKP-) Partei hat ihre Legitimation und Vision zu einem großen Teil auf dem Erbe der Demokratischen Partei aufgebaut. Sie verwendet Botschaften und Konzepte, die die DP vor einem halben Jahrhundert nutzte, zum Beispiel Wohlstand für die fromme Landbevölkerung, Respekt religiöser Werte und Macht für das Volk.“

Anlässlich der Eröffnung der Gedenkstätte auf Yassıada nannte Erdoğan den Putsch vom 27. Mai 1960 „einen der dunkelsten Tage der türkischen Geschichte“. Der Präsident warnte bei der Gelegenheit seine politischen Gegner: „Das türkische Volk wird nicht nur diejenigen, die Staatsstreiche inszeniert haben, nie vergessen, sondern auch diejenigen, die sie ermutigt haben.“

Beobachter sehen dies als Kritik an der CHP. Die Partei muss sich bis heute den Vorwurf gefallen lassen, sie habe den Coup 1960 befürwortet und würde noch immer einen Putsch billigen. Der CHP-Vorsitzende Kemal Kılıçdaroğlu stritt jegliche Putsch-Sympathien ab: „Die Souveränität gehört bedingungslos dem Volk. Wir akzeptieren weder die Vorherrschaft militärischer noch ziviler Putschisten über den Willen der Nation.“

Erst vor wenigen Wochen hatte die Istanbuler CHP-Vorsitzende Canan Kaftancıoğlu von einem anstehenden Machtwechsel gesprochen. Die Regierung und ihre Anhänger hatten dies als eine Ermutigung zu einem Staatsstreich aufgefasst (s. Bulletin 08-2020).

In seiner Rede verkündete Erdoğan auch seinen Traum, die „Insel der Demokratie und Freiheit“ zu einem Tourismuszentrum und zu einer Bühne der internationalen Diplomatie zu machen – zu einem neuen „Camp David“ gewissermaßen.

Kommentatoren in den sozialen und traditionellen Medien werfen dem Präsidenten vor, das Projekt diene der Instrumentalisierung des Andenkens an Menderes. Laut dem Journalisten Fehim Taştekin versuche Erdoğan aus der Beliebtheit Menderes' politischen Profit zu schlagen. Andere, darunter die *Cumhuriyet*-Kommentatorin Özlem Yuzak sehen hinter dem Mega-Projekt kommerzielle Motive. Die Insel sei keine „Insel der Demokratie und Freiheit“ mehr, sondern eine „Beton-Insel“ und ein „Symbol der Gesetzlosigkeit“.

